

Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i>		V
<i>Aus dem Vorwort zur 1. Auflage</i>		VI
<i>Literaturverzeichnis</i>		XVIII

1. Abschnitt

Einführung in das Polizei- und Ordnungsrecht

§ 1 Die einzelnen Polizeibegriffe	1	1
I. Die verschiedenen Ansätze zur Bestimmung des Polizeibegriffs	1	1
II. Der Begriff der Polizei im materiellen Sinn	2	1
1. Die geschichtliche Entwicklung des materiellen Polizeibegriffs	2	1
2. Polizei im materiellen Sinn als die der Gefahrenabwehr dienende staatliche Tätigkeit	9	4
a) Die Gefahrenabwehr	9	4
b) Die Gefahrenvorsorge	10	4
c) Keine Einbeziehung der Strafverfolgungsvorsorge .	11	5
d) Vermengung der Gefahrenabwehr mit Aufgaben der Wohlfahrtspflege	13	6
III. Der Begriff der Polizei im institutionellen (organisatorischen) Sinn	14	7
IV. Der Begriff der Polizei im formellen Sinn	16	8
§ 2 Das Polizei- und Ordnungsrecht	17	8
I. Der Begriff des Polizei- und Ordnungsrechts	17	8
II. Die Gliederung des Polizei- und Ordnungsrechts	21	9
1. Die Gesetzgebungskompetenz der Länder zur Regelung des Polizei- und Ordnungsrechts	23	9
2. Die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes für Teilbereiche des Polizei- und Ordnungsrechts . . .	25	11
3. Die Gesetzgebungskompetenz für die Strafverfolgung und die Strafverfolgungsvorsorge	29	13

2. Abschnitt

Materielles Polizei- und Ordnungsrecht (Rechtsgrundlagen und Rechtsgrundsätze des polizeilichen Handelns)

§ 3 Die Polizeibefugnisse im Rahmen der Gefahrenabwehr	36	16
I. Allgemeines	36	16
II. Die polizei- und ordnungsbehördlichen Generalklauseln	43	21
1. Der Begriff der öffentlichen Sicherheit	53	25
2. Der Begriff der öffentlichen Ordnung	62	32
3. Der Begriff der Gefahr	69	36
a) Gefahr als hinreichende Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts	69	36
b) Anscheinsgefahr	80	42
c) Scheingefahr	82	44
d) Gefahrenverdacht	83	45
e) Gefahrerforschungseingriff	86	47
4. Der Begriff der Störung	92	51
5. Das Ermessen der Polizei	93	52
a) Das Entschließungsermessen	99	54
b) Das Auswahlermessen	102	57
c) Der Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung	103	57
III. Traditionelle Standardmaßnahmen (Einzelmaßnahmen) in allgemeinen Polizei- und Ordnungsgesetzen (Standardmaßnahmen)	110	60
1. Die Identitätsfeststellung und die Prüfung von Berechtigungsscheinen	119	64
2. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	125	68
3. Vorladung	130	71
4. Platzverweisung, Aufenthaltsverbot und Wohnungsverweisung	132	72
5. Ingewahrsamnahme von Personen	141	79
6. Durchsuchung und Untersuchung von Personen	147	84
7. Durchsuchung von Sachen	151	86
8. Betreten und Durchsuchung von Wohnungen	152	87
9. Sicherstellung und Beschlagnahme	158	90
10. Verwertung, Einziehung, Vernichtung	165	94
IV. Datenerhebung und Datenverarbeitung	175	98
1. Allgemeines	176	98
2. Die Datenerhebung	179	101
a) Allgemeine Grundsätze	180	101
b) Die allgemeine Ermächtigung zur Datenerhebung	181	102
c) Die Befragung	182	103

d) Offene Bild- und Tonaufzeichnungen (Videoüberwachung)	184	104
3. Besondere Mittel der Datenerhebung	187	107
a) Allgemeines	188	108
b) Der Einsatz von technischen Mitteln zur Überwachung von Wohnungen („Großer Lauschangriff“)	193	111
c) Die Telekommunikationsüberwachung	197a	120
d) Die online-Durchsuchung	197f	126
e) Der Einsatz Verdeckter Ermittler	198	127
f) Der Einsatz von V-Leuten	200	128
g) Die polizeiliche Beobachtung (Ausschreibung)	203	129
4. Die Datenverarbeitung	205	130
a) Allgemeines zur Speicherung, Veränderung und Nutzung von Daten	206	131
b) Die Zwecke der Datenverarbeitung	207	131
c) Speicherung	210	134
d) Der Datenabgleich	211	134
e) Die Datenübermittlung	214	141
f) Die Verwertbarkeit rechtswidrig erlangter Daten	215	142
g) Löschung, Berichtigung und Sperrung von Daten	218	146
§ 4 Die polizeirechtlich Verantwortlichen (Störer)	222	149
I. Die Bedeutung des Störerbegriffs und die Arten der Störer	228	150
II. Die polizeipflichtigen Personen	231	153
III. Der Verhaltensstörer	239	157
1. Das Verhalten	239	157
2. Der polizeirechtliche Verursacherbegriff	241	159
a) Die polizeirechtliche Verursachung	241	159
b) Der Zweckveranlasser	244	161
c) Der „latente Störer“	249	164
d) Scheinstörer, „Anscheinsteller“ und „Verdachtsstörer“	251	166
3. Haftung für eigenes Verhalten und für das Verhalten anderer Personen (Zusatzverantwortlichkeit)	265	175
IV. Der Zustandsstörer	268	176
1. Allgemeines	268	176
2. Einschränkungen der Zustandsverantwortlichkeit unter dem Aspekt des Übermaßverbots	271	179
3. Die Beendigung der Zustandsverantwortlichkeit, insbesondere bei Derektion	278	183
4. Zustandsverantwortlichkeit und zivilrechtliche Verfügungsbefugnis	281	186
V. Verjährung und Verwirkung der polizeirechtlichen Verantwortlichkeit	282	187

VI.	Die Auswahl zwischen mehreren Störern	284	189
1.	Keine nur anteilige Verantwortlichkeit der Störer	284	189
2.	Gleichzeitige Verantwortlichkeit mehrerer Störer für eine Gefahr	285	190
a)	Ermessensleitende Gesichtspunkte bei der Auswahl	285	190
b)	Gesamtschuldnerische Haftung und Rückgriffs-möglichkeiten der in Anspruch genommenen Person	288	192
VII.	Rechtsnachfolge in polizeiliche Pflichten	292	194
§ 5	Der polizeiliche Notstand	310	201
I.	Die Tatbestandsvoraussetzungen des polizeilichen Notstands	313	202
II.	Der Umfang der Inanspruchnahme	320	205
§ 6	Verfassungsrechtliche Begrenzungen der Polizeibefugnisse	328	209
I.	Rechtliche Bindungen durch das Übermaßverbot	331	210
1.	Der Grundsatz der Geeignetheit des Mittels	333	210
2.	Der Grundsatz des geringsten Eingriffs	335	211
3.	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn	338	212
II.	Sonstige Begrenzungen durch die Grundrechte	341	214
1.	Begrenzungen durch Freiheitsgrundrechte mit Gesetzesvorbehalt	342	214
2.	Begrenzungen durch nicht ausdrücklich einschränkbare Freiheitsgrundrechte	345	218
3.	Begrenzungen durch sonstige Grundrechte	346	219
§ 7	Spezialgesetzliche Befugnisse der Polizei- und Ordnungsbehörden zur Gefahrenabwehr	354	222
I.	Das Versammlungsrecht	360	224
1.	Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen	366	228
2.	Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel . . .	368	229
a)	Anmeldung einer Versammlung	368	229
b)	Versammlungsverbot und Auflagen	373	231
c)	Auflösung einer Versammlung	374	233
d)	Maßnahmen unterhalb der Schwelle eines Verbots oder einer Auflösung	376	235
3.	Verhältnis des VersG zum allgemeinen Polizeirecht . .	377	235
4.	Verhältnis des VersG zu anderen Vorschriften	383	238

II. Gefahrenabwehr im Internet	385	239
1. Allgemeines	385	239
a) Der Begriff der Telemedien	386	240
b) Eingriffsbefugnisse und zuständige Behörden	387	240
c) Exkurs: Aus dem Ausland stammende Angebote	389	242
2. Voraussetzungen für ein polizeiliches Einschreiten	391	242
3. Verantwortlichkeit	393	243
a) Der Inhaltsanbieter als Verhaltensstörer	395	244
b) Der Diensteanbieter als Zustandsstörer	396	245
c) Der Zugangsanbieter als Nichtstörer	399	246
4. Störerauswahl und Verhältnismäßigkeit der Maßnahme .	400	246
§ 8 Polizeiliche Befugnisse außerhalb des Bereichs der Gefahrenabwehr	405	248
I. Die Vollzugshilfe	408	249
II. Polizeiliche Befugnisse bei der Verfolgung von Straftaten	412	250
1. Die Tätigkeit der Polizei im Rahmen der Strafverfolgung	412	250
2. Rechtsschutz gegen Strafverfolgungsmaßnahmen der Polizei	419	253
III. Polizeiliche Befugnisse bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	428	258
3. Abschnitt		
Formelles Polizei- und Ordnungsrecht (Organisationsrecht und das polizeiliche Handlungsinstrumentarium)		
§ 9 Die Polizei- und Ordnungsbehörden	435	261
I. Gefahrenabwehrbehörden des Bundes	438	262
1. Die Bundespolizei	439	262
2. Das Bundeskriminalamt	440	264
3. Sonstige Bundesbehörden mit polizeilichen Eingriffsbefugnissen	442	265
4. Das Bundesamt für Verfassungsschutz	444	266
5. Der Bundesnachrichtendienst	445c	269
6. Der Militärische Abschirmdienst	445d	270
II. Die Polizei- und Ordnungsbehörden der Länder	270	
1. Überblick über die Verteilung der allgemeinen Aufgaben der Gefahrenabwehr in den einzelnen Bundesländern	446	270
a) Länder mit Einheitssystem	447	271
b) Länder mit Trennungssystem	449	272

2. Die Abgrenzung der Zuständigkeit der Polizei- und Ordnungsbehörden	452	273
a) Die sachliche Zuständigkeit	453	273
b) Die instanzielle Zuständigkeit	454	274
c) Die örtliche Zuständigkeit	458	276
III. Internationale Zusammenarbeit und Europäische Integration	460	277
1. Die Internationale kriminalpolizeiliche Organisation (IKPO – „Interpol“)	461	278
2. Das Europäische Polizeiamt (Europol)	465	278
3. Das Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ)	468	280
IV. Exkurs: Private Sicherheitsdienste	472	283
§ 10 Der polizeiliche Verwaltungsakt	477	286
I. Die Abgrenzung polizeilicher Verwaltungsakte von anderen der Gefahrenabwehr dienenden Handlungen	483	289
II. Die Rechtmäßigkeit eines der Gefahrenabwehr dienenden Verwaltungsakts (Prüfungsschema)	488	290
1. Die formelle Rechtmäßigkeit	489	291
a) Die Zuständigkeit	489	291
b) Die Verfahrensvorschriften	490	291
2. Die materielle Rechtmäßigkeit	500	296
a) Die Bestimmtheit des Verwaltungsakts	500	296
b) Die Rechtsgrundlage	501	297
c) Das Entschließungsermessen	502	297
d) Der richtige Adressat	505	298
e) Das Auswahlermessen	506	299
f) Verstoß gegen sonstiges Recht	507	299
g) Umdeutung	508	299
3. Der Rechtsschutz bei Verwaltungsakten	509	300
a) Die Rechtswegproblematik	509	300
b) Der Rechtsschutz durch die Anfechtungsklage	510	300
c) Der vorläufige Rechtsschutz gem. §§ 80 ff VwGO	519	303
d) Der Rechtsschutz bei Erledigung des Verwaltungsakts	522	304
e) Der Rechtsschutz durch eine Verpflichtungs- klage	526	306
f) Der vorläufige Rechtsschutz durch eine einstweilig Anordnung	532	307
g) Der vorbeugende Rechtsschutz durch eine allgemeine Leistungsklage	533	308

h) Der Rechtsschutz durch eine allgemeine Feststellungsklage gem. § 43 VwGO	534	308
III. Die Zwangsmittel zur Durchsetzung polizeilicher Verwaltungsakte	538	309
1. Allgemeines	538	309
2. Die Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für die Anwendung der Zwangsmittel	539	310
a) Die Ersatzvornahme	553	316
b) Das Zwangsgeld	556	318
c) Die Anwendung unmittelbaren Zwangs	558	319
3. Unmittelbare Ausführung und Sofortvollzug	564	323
4. Der Rechtsschutz gegen die Vollstreckung polizeilicher Verwaltungsakte sowie die unmittelbare Ausführung und den Sofortvollzug	572	327
a) Der Rechtsschutz gegen als Verwaltungsakte zu qualifizierende Vollstreckungsmaßnahmen	572	327
b) Der Rechtsschutz gegen als Realakte zu qualifizierende Vollstreckungsmaßnahmen	575	327
c) Der Rechtsschutz zur generellen Verhinderung der Verwaltungsvollstreckung	576	328
d) Der Rechtsschutz gegen die unmittelbare Ausführung und den Sofortvollzug	580	329
IV. Die Bewehrung polizeilicher Verwaltungsakte	582	329
V. Erlaubnis und Dispens	583	330
1. Allgemeines	583	330
2. Der Rechtsschutz im Zusammenhang mit Erlaubnissen und Dispensen	586	332
§ 11 Polizei- und ordnungsbehördliche Verordnungen	605	338
I. Allgemeines	607	339
II. Die Abgrenzung polizei- und ordnungsbehördlicher Verordnungen von polizeilichen Verwaltungsakten	616	343
III. Die Rechtmäßigkeit einer polizei- und ordnungsbehördlichen Verordnung (Prüfungsschema)	619	345
1. Die formelle Rechtmäßigkeit	620	345
2. Die materielle Rechtmäßigkeit	624	346
IV. Rechtsschutz gegen Polizeiverordnungen und ordnungsbehördliche Verordnungen	630	348
1. Rechtsschutz durch eine oberverwaltungsgerichtliche Normenkontrolle	630	348
a) Die Zulässigkeit der Normenkontrolle	631	348
b) Die Begründetheit der Normenkontrolle	635	349

c) Vorläufiger Rechtsschutz durch eine einstweilige Anordnung	636	350
2. Inzidenter Rechtsschutz durch die Anfechtung von Normvollzugsakten	637	350
3. Inzidenter Rechtsschutz durch eine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	638	351
4. Rechtsschutz durch eine Verfassungsbeschwerde	639	351
§ 12 Sonstige polizeiliche und ordnungsbehördliche Handlungsinstrumente	650	355
I. Realakte	652	355
II. Öffentlichrechtliche Verträge	656	357
III. Informelles konsensuales Verwaltungshandeln	660	359
IV. Rechtsschutz gegen sonstige polizeiliche und ordnungsbehördliche Handlungsinstrumente	663	361
1. Der Rechtsschutz gegen Realakte mittels einer allgemeinen Leistungsklage	663	361
2. Der Rechtsschutz gegen Realakte mittels einer allgemeinen verwaltungsgerichtlichen Feststellungsklage gem. § 43 VwGO	667	362
3. Der Rechtsschutz im Zusammenhang mit öffentlichrechtlichen Verträgen	670	363
4. Der Rechtsschutz im Zusammenhang mit informellem konsensualem Verwaltungshandeln	671	364
4. Abschnitt Entschädigungs- und Ersatzansprüche bei polizeilichem Handeln		
§ 13 Entschädigungsansprüche Betroffener	679	366
I. Entschädigungsansprüche des Störs	679	366
II. Der Entschädigungsanspruch des Nichtstörers	684	369
§ 14 Ersatzansprüche des Polizeiträgers	697	376
I. Ersatzansprüche bei Ersatzvornahme	698	377
II. Ersatzansprüche bei unmittelbarem Zwang	702	380
III. Ersatzansprüche bei unmittelbarer Ausführung	703	380
IV. Rückgriffsansprüche	707	383
§ 15 Exkurs: Das polizeiliche Abschleppen von Kraftfahrzeugen	710	385
I. Die Rechtsgrundlage für das Abschleppen	713	386
1. Nichtbeachtung eines Verkehrszeichens	714	386
2. Verstoß gegen sonstige Rechtsvorschriften	717	388

II. Der Adressat der polizeilichen Maßnahme	718a	388
III. Rechtliche Begrenzungen durch das Übermaßverbot	719	389
1. Begrenzungen durch den Grundsatz des geringsten Eingriffs	720	389
2. Begrenzungen durch den Verhältnismäßigkeits- grundsatz	721	389
IV. Kostenersatzansprüche des Trägers der Polizeibehörde und ihre Durchsetzung	722	390
1. Rechtsgrundlage für Kostenersatzansprüche	722	390
2. Die Durchsetzung des Kostenersatzanspruchs	725	391
3. Polizeiliches Zurückbehaltungsrecht wegen bestehender Kostenersatzansprüche	726	391
V. Schadensersatz- und Entschädigungsansprüche gegen den Träger der Polizeibehörde bei Beschädigung des Fahrzeugs	727	392
Anhang		
Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes des Bundes und der Länder in der Fassung des Vorentwurfs zur Änderung des MEPolG		395
Sachverzeichnis		419